

# Das Experiment von Wörgl

Quelle: [www.woergl.at](http://www.woergl.at)

## Die Wirtschaftskrise

Die 1929 ausgelöste Weltwirtschaftskrise und die Umstellung der Bahn vom Kohlebetrieb auf die Elektrifizierung machte der Wörgler Wirtschaft zu Beginn der 30er Jahre zu schaffen. Am 1. Juni 1930 wurde das Heizhaus aufgelassen, hunderte Bahnarbeiter waren zur Abwanderung gezwungen. 1931 wurde u.a. das größte Unternehmen in der Marktgemeinde, die Zellulosefabrik stillgelegt und damit mehrere hundert Arbeiter brotlos. Rund 400 Arbeitslose in der engeren Gemeinde - davon 200 "Ausgesteuerte", die auf die Armenfürsorge der Gemeinde angewiesen sind. 1.500 Arbeitslose in der Region und täglich kamen neue hinzu.

Die Gemeinde ist nicht mehr in der Lage, ihren Verpflichtungen - etwa die Instandhaltung der Straßen - nachzukommen. Sie konnte nicht mehr die Zinsen für ihre Schulden in Höhe von S 1,3 Mio. bezahlen. Das einzige Guthaben waren Steuerrückstände der Bewohner, die aber aufgrund der wirtschaftlich trostlosen Lage uneinbringlich waren. Viele Arbeiterfamilien lebten vom Spargroschen, immer mehr "Ausgesteuerte" wurden im Amt vorstellig.

Die gesamte Wirtschaftslage war geprägt von einer Deflation: Die Preise der Waren fielen, das Geld gewann ständig an Wert und wurde deshalb auch zurückgehalten: Waren Anschaffungen nicht unbedingt nötig, so wartete man ab - bei fallenden Preisen die logische Folge.

Die Folge war aber auch, daß das Geld im Wirtschaftskreislauf fehlte. Die in Umlauf befindliche Geldmenge, damals noch an die Goldreserven gebunden, verkleinerte sich, Geld wurde "Mangelware". vor diesem Hintergrund arbeitete Michael Unterguggenberger sein Nothilfe-Programm aus, das am 8. Juli 1932 vom Gemeinderat ungeachtet der Parteienzugehörigkeit und der in vielen Punkten nicht überbrückbaren Weltanschauungen einstimmig angenommen wurde.

## Nothilfe-Programm

Am 5. Juli 1932 stellte Bgm. Michael Unterguggenberger bei der entscheidenden Sitzung des Wohlfahrtsausschusses sein Nothilfe-Programm mit folgender Rede vor:

Langsamer Geldumlauf ist die Hauptursache der bestehenden Wirtschaftslähmung. Das Geld als Tauschmittel entgleitet immer mehr den Händen der schaffenden Menschen. Es versickert in den Zinskanälen und sammelt sich in den Händen weniger Menschen, die das Geld nicht mehr dem Warenmarkt zuführen, sondern als Spekulationsmittel zurückhalten.

Da das Geld ein unentbehrliches Rad in der Produktionsmaschine ist, bedeutet die Ansammlung von großen Summen in wenigen Händen eine ungeheure Gefahr für den ungestörten Produktionsbetrieb. Jede Geldstauung bewirkt Warenstauung und Arbeitslosigkeit. Unsicherheit in den Wirtschaftsverhältnissen macht den Geldbesitzer ängstlich, er gibt das Geld nicht mehr oder sehr ungern aus der Hand, er mißtraut jeder Geldanlage. Der Geldumlauf wird so verlangsamt, der Gesamtumsatz an Ware und Leistungen schrumpft ein und der Lebensraum der Menschen im Wirtschaftsgetriebe schwindet. Bleibt es in der bestehenden Form, so lähmt es die Ernährung des Volkes, Friede und Wohlstand werden zerstört. Ganze Völker und Staaten werden dadurch vom Untergang bedroht. Da von hier aus die Welt nicht gerettet werden kann, wollen wir wenigstens ein Zeichen geben. Das träge und langsam umlaufende Geld der Nationalbank muß im Bereich der Gemeinde Wörgl durch ein Umlaufmittel ersetzt werden, welches seiner Bestimmung als Tauschmittel besser nachkommen wird als das übliche Geld. Es sollen Arbeitsbestätigungen in drei Nennwerten ausgegeben und in Umlauf gesetzt werden. Die Gemeinde wird das tun, und die Privaten sollen gewonnen werden, die Arbeitsbestätigungen zum vollen Nennwert zu kaufen und in Zukunft

möglichst alle Zahlungen damit zu leisten. Um das wirtschaftliche Leben in der Gemeinde wieder aufwärts zu bringen, sollen auch nach einem noch zu bestimmenden und aufzustellenden Plane öffentliche Arbeiten damit durchgeführt und bezahlt werden.

Das träge und langsam umlaufende Geld der Nationalbank muß im Bereich der Gemeinde Wörgl durch ein Umlaufmittel ersetzt werden, welches seiner Bestimmung als Tauschmittel besser nachkommen wird als das übliche Geld. Es sollen Arbeitsbestätigungen in drei Nennwerten ausgegeben und in Umlauf gesetzt werden. Die Gemeinde wird das tun, und die Privaten sollen gewonnen werden, die Arbeitsbestätigungen zum vollen Nennwert zu kaufen und in Zukunft möglichst alle Zahlungen damit zu leisten. Um das wirtschaftliche Leben in der Gemeinde wieder aufwärts zu bringen, sollen auch nach einem noch zu bestimmenden und aufzustellenden Plane öffentliche Arbeiten damit durchgeführt und bezahlt werden.

## **Der Arbeitswertschein**

Die Arbeitswertscheine, ausgegeben im Wert von S 1,-, S 5,- und S 10,-, funktionierten nach dem Prinzip des Freigeldes: Durch monatliche Entwertung um 1 % des Nennwertes mittels Aufkleben von Stempelmarken wurde der rasche Umlauf gesichert.

Die Gemeinde zahlte im Juli 1932 erstmals S 1.600,- in Form der Arbeitswertscheine an Arbeiter aus. Diese benötigten sie dringend für den Konsum, die Geschäftsleute beglichen damit ihre Steuerschulden bei der Gemeinde - der Kreislauf war binnen kurzer Frist geschlossen, das Tauschmittel wieder in der Gemeindekasse.

Während der 13 Monate, die das Experiment lief, flossen die Arbeitswertscheine durchschnittlich 2 x pro Woche durch die Gemeindekasse. Ein Schilling Schwundgeld zahlte also im Schnitt S 104,- Steuern jährlich.

Die Arbeitswertscheine besaßen Gültigkeit im Ort, wurden aber im Laufe des Experimentes auch in den umliegenden Gemeinden als Zahlungsmittel angenommen. Sie waren jederzeit bei der Raiffeisenkasse gegen Schillingnoten einwechselbar, da die Gemeinde den Gegenwert der ausgegebenen Arbeitswertscheine bei der Bank in regulärer Schillingwährung hinterlegt hatte. Wer wechseln wollte, mußte aber 2 % "Arbeitsbeschaffungsbeitrag" abführen.

Entscheidend für den wirtschaftsbelebenden Effekt des Experimentes war nicht die ausgegebene Geldmenge, sondern die rasche Umlaufgeschwindigkeit der Arbeitswertscheine. Zur Wirtschaftsbelebung trug auch das hinterlegte Geld der Gemeinde bei der Bank bei, das diese in Form von Sichtwechseln an solide Großisten zum Zinsfuß von 6 % weiterverlieh. Die Zinsen erhielt die Gemeindekasse - die Bank verzichtete auf ein Entgelt.

## **Das Bauprogramm**

Das erste Bauvorhaben wurde am 11. Juli 1932 begonnen. Es umfaßte die Kanalisierung der Jahnstraße und Brixentaler-Straße, Straßenarbeiten an der oberen und unteren Bahnhofstraße, am Kirchplatz und an der Schachtnerstraße, sowie die Asphaltierung dieser Straßen mit Ausnahme der Brixentaler- und Schachtnerstraße. Die Arbeiten waren am 29. Oktober 1932 beendet und hatten S 31.222,42 gekostet.

Das zweite Bauprogramm umfaßte die Asphaltierung der Schachtner- und Brixentaler-Straße, die Ausgestaltung der Simon Prem-Straße, sowie die Rohr- und Randsteinerzeugung auf Lager. Der Gesamtaufwand betrug S 43.385,61. Weiters wurden die Simon Prem-Straße und der Hauptschuleingang asphaltiert, verschiedene Weg- und Straßenbauten außerhalb des Ortes durchgeführt, das Gemeinde- und Volksschulhaus kanalisiert, Straßen und Wege im Ort um S 9.000,- repariert.

Für den Bau einer neuen Skisprungschanze wurden 500 Arbeitsschichten aufgewendet, eine Notstandsküche wurde eingerichtet, ein Waschhaus und Holzhaus bei der Gemeindemühle errichtet. Die Umgestaltung der Bahnhofstraße sowie die Errichtung der Straßenbeleuchtung wurde ebenfalls im Rahmen der Nothilfe-Aktion durchgeführt. Die Lohnzahlungen für diese Arbeiten machten insgesamt S 102.197,13 aus und wurden ausschließlich in Arbeitswertscheinen beglichen, schilderte Hans Burgstaller in der Broschüre "Die Rettung Österreichs - das Wörgler Beispiel" die Nothilfeaktion.

Mit den Notstandsarbeiten im Jahr 1933 wurden Infrastruktureinrichtungen für den Fremdenverkehr geschaffen und die Müllnertal-Brücke am Eingang der Wörgler Schlucht neu gebaut. U.a. wurde ein neuer Weg vom Anlauf der Sprungschanze bis zum Eissteingipfel in einer Länge von 2 km angelegt, ein 3.489 m langer Jägersteig-Rodelweg mit 595 Treppenstufen. Der Weg zu den Lechner Wasserfällen wurde teilweise neu gebaut und in die unzugängliche Aubachklamm mit Sprengarbeiten und Errichtung zahlreicher Brücken ein 1,2 km langer Steig angelegt. Dazu wurden an diesen Wegen 120 Ruhebänke aufgestellt.

Durch die Bauarbeiten konnte man durchschnittlich 50 bis 60 Arbeitslose direkt und etwa 30 bis 40 Mann in der Zulieferindustrie beschäftigen. Während die Arbeitslosigkeit in Österreich in dieser Zeit weiter stieg, ging sie in Wörgl um ein Viertel zurück.

Daß die Rechnung mit den zukunftsweisenden Investitionen dann nicht aufging, lag nicht mehr im Einflußbereich der Gemeinde Wörgl - am 1. Juni 1933 trat die vom NS-Regime in Deutschland verhängte 1000-Mark-Sperre in Kraft, die den aufkeimenden Fremdenverkehr in Österreich fast zum Erliegen brachte.

## **Der Staat war dagegen**

Ankläger ist die Österreichische Nationalbank AG, ein gewinnbringendes Privatunternehmen, das allein über die staatliche Währung zu bestimmen hat. "Was fürchtet die Nationalbank von der gemeinnützigen Nothilfe-Aktion der Gemeinde Wörgl?", fragte Hans Burgstaller in der im Mai 1933 erschienenen Broschüre "Die Rettung Österreichs - das Wörgler Beispiel".

Der Kampf beginnt am 22. Juli 1932 - wenige Tage nach dem Beschluß der Nothilfe-Aktion. Aufgeschreckt von Zeitungsmeldungen veranlaßt die Nationalbank die Tiroler Landesregierung, den Wörgler Gemeinderatsbeschluß auszusetzen, da sie eine Verletzung ihres Banknotenprivilegs sieht. Wörgl dementiert, Unterguggenberger und eine Delegation weiterer Befürworter - darunter Handelskammerpräsident Peter Westen - sprechen bei Minister Rintelen in Wien vor und ernten Verständnis. Die Bezirkshauptmannschaft Kufstein befürwortet das Experiment angesichts der Notlage vorerst, muß aber auf Auftrag der Landesregierung die Ausgabe von Arbeitswertscheinen am 5. Jänner 1933 verbieten.

Der Gemeinderat legt Berufung an den Landeshauptmann ein. Von einer Verletzung des Banknotenprivilegs könne keine Rede sein, da die Arbeitswertscheine ja nur auf den an der Nothilfe beteiligten Personenkreis beschränkt sei, diese sich freiwillig an der Selbsthilfeaktion beteiligen. Die Berufung wird am 22.2.1933 abgewiesen.

Am 7. März beschließt der Gemeinderat den Gang zum Verwaltungsgerichtshof, holt sich juristischen Beistand - und macht weiter. Trotz des Verbotes, das am 31. März neuerlich von der Bezirkshauptmannschaft bekräftigt wird: Der Verwaltungsgerichtshofbeschwerde komme keine aufschiebende Wirkung zu.

Michael Unterguggenberger war selbst drei Mal nach Wien gefahren, um die Wörgler Selbsthilfe-Aktion zu verteidigen. Schließlich nützte auch eine Intervention Unterguggenbergers beim Bundeskanzler nichts - am 15. September 1933 mußten die Arbeitswertscheine eingezogen werden. Das unwiderrufliche Ende der Wörgler Nothilfe-Aktion wurde dann noch am 18. November 1933 vom

Verwaltungsgerichtshof bestätigt.

## **Weltweites Echo**

Der wirtschaftsbelebende Effekt der Wörgler Nothilfe-Aktion blieb nicht verborgen. Zunächst verbreitete sich die Kunde in der Umgebung - Kirchbichl beschloß am 12.1.1933 die Einführung der Arbeitswertscheine, mit denen der Bau des Kirchbichler Strandbades durchgeführt wurde. Auch die Kitzbüheler führten Schwundgeld ein, in Brixen und Westendorf war es bereits beschlossene Sache, allerdings wollte man dort noch auf den Ausgang des laufenden Gerichtsverfahrens warten.

Mit Zustimmung und Begeisterung wurden die Ausführungen des Pfarrers Schlechter von Westendorf aufgenommen, schreibt Hans Burgstaller 1933. Schlechter: Wenn es auch lächerlich schien, daß sich das kleine Tirol gegen die Gewalt Napoleons erhob, der Funke aus Tirol hatte genügt um im übrigen Europa einen Brand auszulösen, der die unbesiegbare scheinende Macht zerbrach. Es geht heute nicht gegen Napoleon, aber die Macht, die heute zerschlagen werden muß, die internationale Hochfinanz, ist größer als die Macht Napoleons.

Viele Gemeinden Österreichs forderten die Einführung von Freigeld. Zeitungsberichte in aller Herren Länder lösten internationales Interesse aus. Volkswirtschaftler und Politiker kamen, um sich selbst vom Ergebnis zu überzeugen. Darunter der Geldtheoretiker Prof. Irving Fischer aus den Vereinigten Staaten, der Gesells Konzept als "geniale Idee" würdigte und sie anwenden wollte, um der Depression in Amerika Herr zu werden. In zahlreichen amerikanischen Städten und Gemeinden wurde nach Wörgler Vorbild Markennotgeld herausgegeben. Dabei wurde aber mit dem Schwund übertrieben - bei 2 % pro Woche wurde das Geld nicht angenommen.

Frankreichs Ministerpräsident Daladier weilte im Sommer 1933 in Wörgl und war begeistert: "Dieses Geld hat überaus beachtenswerte Ergebnisse gezeitigt... Die Bewohner haben mir erklärt, daß sie solches Geld, das sie leben läßt, dem Goldwahn und anderen veralteten Ideen vorziehen."

Die große Pariser Zeitschrift "Illustration" berichtete im September 1933 über das Wörgler Experiment, eine Artikelserie in einer anderen Zeitschrift folgte, und noch im gleichen Jahr gründeten die durch die Thesen Proudhons aufgeschlossenen Franzosen einen Dachverband für Tauschgesellschaften, die im ganzen Land entstanden. Das Verbot kam 1935 vom Innenministerium.